



Kurzprotokoll der 48. Sitzung

Ausschuss für Kultur und Medien

Berlin, den 13. Dezember 2023, 14:30 Uhr
10557 Berlin, Konrad-Adenauer-Str. 1
Paul-Löbe-Haus, Sitzungssaal 4.400

Vorsitz: Katrin Budde, MdB

Tagesordnung

Tagesordnungspunkt 1 **Seite 4**

Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse
der EU-Kultur- und Medienministerratstagung vom
24. November 2023

Tagesordnungspunkt 2 **Seite 10**

Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB)
GmbH

Gespräch mit:

Prof. Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung
Haus der Kulturen der Welt

Matthias Pees
Berliner Festspiele

Mariette Rissenbeek
Internationale Filmfestspiele Berlin



Tagesordnungspunkt 3

Seite 19

Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Entwicklungszusammenarbeit für Wertschöpfung mit Afrika

BT-Drucksache 20/9156

Federführend:

Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Wirtschaftsausschuss
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Klimaschutz und Energie

Berichterstatter/in:

Abg. Michelle Müntefering [SPD]
Abg. Maximilian Mörseburg [CDU/CSU]
Abg. Awet Tesfaiesus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Martin Erwin Renner [AfD]

Mitberichterstatter/in:

Abg. Dr. Joe Weingarten [SPD]

Tagesordnungspunkt 4

Seite 19

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Unabhängigen Kommission Antiziganismus

Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation

BT-Drucksache 19/30310

Federführend:

Ausschuss für Inneres und Heimat

Mitberatend:

Sportausschuss
Rechtsausschuss
Ausschuss für Arbeit und Soziales
Ausschuss für Menschenrechte und humanitäre Hilfe
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für Digitales

Berichterstatter/in:

Abg. Helge Lindh [SPD]
Abg. Maximilian Mörseburg [CDU/CSU]
Abg. Awet Tesfaiesus [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

Tagesordnungspunkt 5

Seite 20

Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft und der Rohstoffsicherung ohne ideologische Scheuklappen

BT-Drucksache 20/4065

Federführend:

Wirtschaftsausschuss

Mitberatend:

Auswärtiger Ausschuss
Ausschuss für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
Ausschuss für Kultur und Medien
Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union

Berichterstatter/in:

Abg. Michelle Müntefering [SPD]
Abg. Julia Klöckner [CDU/CSU]
Abg. Erhard Grundl [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]
Abg. Anikó Glogowski-Merten [FDP]
Abg. Dr. Marc Jongen [AfD]

**Mitglieder des Ausschusses**

	Ordentliche Mitglieder	Stellvertretende Mitglieder
SPD	Budde, Katrin Koß, Simona Lindh, Helge Schieder, Marianne Schneider, Daniel Weingarten, Dr. Joe	Kühnert, Kevin Mende, Dirk-Ulrich Müntefering, Michelle Rohde, Dennis Wegge, Carmen Wiese, Dirk
CDU/CSU	Frieser, Michael Mörseburg, Maximilian Schenderlein, Dr. Christiane Wanderwitz, Marco Widmann-Mauz, Annette	Bär, Dorothee Connemann, Gitta Heveling, Ansgar Klößner, Julia Krings, Dr. Günter
BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Amtsberg, Luise Grundl, Erhard Tesfaiesus, Awet	Fester, Emilia Sacher, Michael Schönberger, Marlene
FDP	Glogowski-Merten, Anikó Hacker, Thomas	Fricke, Otto Tippelt, Nico
AfD	Jongen, Dr. Marc Renner, Martin Erwin	Frömming, Dr. Götz Storch, Beatrix von
	Beratendes Mitglied	
fraktionslos	Korte, Jan	



Vor Eintritt in die Tagesordnung

Die **Vorsitzende** eröffnet die Sitzung und weist darauf hin, dass diese live im Parlamentsfernsehen übertragen und dauerhaft in der Mediathek des Deutschen Bundestages abrufbar sein werde. Sie begrüßt, erläutert Regeln zum Verhalten im Saal und beschreibt das zwischen den Fraktionen vereinbarte Verfahren. Die Vorsitzende informiert, dass Abg. Jan Korte an der heutigen Sitzung nicht teilnehme. Ihm sei die Entscheidung der Obleute mitgeteilt worden, dass er auch nach Auflösung der Fraktion DIE LINKE mit dem neuen Status als beratendes Mitglied Redezeit im bisher üblichen Rahmen erhalte. Diese Regelung gelte bis auf Weiteres.

Tagesordnungspunkt 1

Bericht der Bundesregierung über die Ergebnisse der EU-Kultur- und Medienministerratstagung vom 24. November 2023

Die **Vorsitzende** erläutert den Ablauf und bittet die Staatsministerin um ihre Einführung.

Staatsministerin **Claudia Roth** (BKM) beginnt mit Bemerkungen über aktuelle Personalien. 1. Sie freue sich über die neue polnische Regierung und die Zusammenarbeit mit dem neuen Minister für Kultur und nationales Erbe Bartłomiej Sienkiewicz. Sein Urgroßvater sei Literatur-Nobelpreisträger gewesen.

2. Der bisherige spanische Minister für Kultur und Sport, Miquel Iceta, mit dem ihr Haus während der spanischen EU-Ratspräsidentschaft eng zusammengearbeitet habe, sei UNESCO-Botschafter in Paris geworden. Neuer spanischer Kulturminister sei Ernest Urtsun. Er sei Mitglied des Europäischen Parlaments gewesen und sie freue sich auf die Zusammenarbeit.

3. Am Vortag habe die Berlinale-Findungskommission beschlossen, dass die Amerikanerin Tricia Tuttle künftig an der Spitze der Internationalen Filmfestspiele Berlin stehen werde. Das mache sie froh. Die Staatsministerin geht auf Frau Tuttle beruflichen Werdegang ein. Sie sei

eine großartige Frau mit 25-jähriger Filmfestival-Erfahrung und in der neuen Funktion die erste Frau, die ein A-Festival leite. Dies werde dem Filmstandort Deutschland helfen. Die internationale Resonanz auf die Personalie sei sehr gut. Positiv sei zudem, dass das Land Berlin sich bereit erklärt habe, mehr Geld für die Berlinale zur Verfügung zu stellen.

Die Staatsministerin beginnt ihren Bericht über die EU-Kultur- und Medienministerratstagung.

Die spanische Ratspräsidentschaft sei insgesamt sehr engagiert gewesen. Es habe bei der zurückliegenden Tagung zwei politische Schwerpunkte gegeben. Zum einen sei es um Schlussfolgerungen zur Stärkung der kulturellen und kreativen Dimension des europäischen Videospielesektors gegangen. Alle seien sich einig gewesen, dass die Unterstützung wichtig sei. Games seien ein Innovationstreiber mit volkswirtschaftlicher Relevanz, der Bereich wachse kontinuierlich.

Die Games-Branche solle in Deutschland auf Bundesebene künftig von zwei Stellen gefördert werden: vom Bundesministerium für Wirtschaft und Klimaschutz (BMWK), das die wirtschaftliche Dimension abdecke, und von der BKM, bei der es um die kulturelle Dimension gehe – vorausgesetzt, der Haushaltsplan 2024 werde entsprechend im Januar verabschiedet. Ihr Haus werde in den nächsten Tagen erste Gespräche mit dem Verband Bitkom führen. Sobald sie Genaueres wisse, werde sie den Ausschuss informieren.

Weiterhin habe es auf der EU-Ratstagung eine Orientierungsaussprache gegeben, bei der alle Länder auf folgende Fragen eingehen sollten: Wie sieht die soziale Lage von Künstlerinnen und Künstlern/Kreativen aus? Mit welchen Maßnahmen wird sie verbessert? Wie lässt sich die grenzüberschreitende Mobilität vorantreiben? Wie können Standards gegenseitig anerkannt werden?

Sie habe über die Künstlersozialversicherung berichtet und erläutert, welche Erweiterungen es in der Corona-Zeit gegeben habe und dass die Änderungen erhalten geblieben seien (Stichwort



Ausübung von nicht künstlerischen Tätigkeiten).

Darüber hinaus habe sie von der geplanten Einführung von Mindesthonoraren bei durch die BKM geförderten Einrichtungen berichtet. Sie erwarte, dass auch die Bundesländer diesbezüglich tätig werden. Ihr Haus sei in enger Abstimmung mit dem Deutschen Kulturrat und mit den jeweiligen Verbänden.

Schließlich habe sie noch drei weitere Punkte angesprochen. 1. Equal Pay: Es klaffe nicht nur in Deutschland weiterhin eine große Lücke. Auch Vertreter/-innen aus Frankreich, Österreich und Spanien hätten gesagt, dass das Thema angepackt werden müsse. Man habe dies der Kommissarin für Innovation, Forschung, Kultur, Bildung und Jugend Iliana Ivanova mit auf den Weg gegeben.

2. Geoblocking: Bei der Überarbeitung der entsprechenden Verordnung durch das EU-Parlament (EP) habe es das Ansinnen gegeben, derzeit bestehende Ausnahmen für die Bereiche Film und Audiovisuelles zurückzunehmen. Würde dies geschehen, sei eine faire Lizenzierung unmöglich. Das sei nicht im Interesse der Filmstandorte. Solange es keine gemeinsamen EU-Standards in diesem Bereich gebe, seien die Ausnahmen notwendig. Im EP werde am heutigen Tag über das Thema abgestimmt. Bei den Debatten im Vorfeld sei häufig argumentiert worden, dass es im Binnenmarkt keine Ausnahmen geben dürfe. Gemeinsam mit Frankreich habe Deutschland eine Aktion gestartet, um das Ansinnen abzuwehren. Nach ihren Informationen sei man erfolgreich gewesen, doch liege ihr bislang nichts Schriftliches vor.

3. Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Festlegung harmonisierter Vorschriften für künstliche Intelligenz (Gesetz über künstliche Intelligenz) und zur Änderung bestimmter Rechtsakte der Union: Das BMWK und das Bundesministerium für Digitales und Verkehr seien hier federführend. Ihr Haus habe betont, dass Vorgaben für Transparenz nicht vergessen werden dürften. Durch Transparenz werde deutlich, welche kreativen Arbeiten für Trainingszwecke der KIs genutzt würden.

Entsprechende Vorgaben seien ein zentrales Anliegen der Kreativen, denn nur auf diesem Weg lasse sich eine Honorierung einfordern.

Der Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zur Schaffung eines gemeinsamen Rahmens für Mediendienste im Binnenmarkt und zur Änderung der Richtlinie 2010/13/EU – kurz Europäisches Medienfreiheitsgesetz/European Media Freedom Act (EMFA) – sei ebenfalls ein Thema der Ratstagung gewesen. Man befinde sich auf der Zielgeraden. Einen Tag vor der Ratstagung habe sie ein Treffen mit Kommissarin und EU-Vizepräsidentin Věra Jourová gehabt, für die Bundesländer sei Staatssekretärin Heike Raab (Bevollmächtigte beim Bund und für Europa und für Medien Rheinland-Pfalz) hinzugeschaltet worden. Deutschland sei intensiv in die EMFA-Verhandlungen einbezogen gewesen und habe deutlich gemacht, dass es Medienfreiheit und Medienvielfalt stärken wolle und zugleich die Standards in Deutschland nicht gesenkt werden dürften.

Zu diesem Zeitpunkt sei offen gewesen, mit welcher Formulierung der Aspekt der nationalen Sicherheit im EMFA abgebildet werden soll. Es habe heftige Kritik auch von deutschen Journalistenverbänden gegeben (Stichwort Überwachung). Deutschland habe deutlich gemacht, dass Überwachungsmaßnahmen im EMFA nicht in den Vordergrund gestellt werden sollten, da es bei dem Gesetz um Medienfreiheit, Medienvielfalt und den Schutz von Journalistinnen und Journalisten gehe. Sie glaube, es werde jetzt zu einem guten Kompromiss kommen. Für Deutschland werde sich nichts ändern. Die Ängste von Journalistinnen und Journalisten vor einer Verschärfung der Regeln seien unbegründet.

In der Diskussion über dieses Thema seien die Kulturpolitiker/-innen immer sehr klar gewesen. Einige Innenpolitiker/-innen hätten das anders gesehen. Die Bundesländer seien jedoch mit Ausnahme von Bayern alle einer Meinung gewesen.

Die slowenische Delegation habe über ihre



Initiative „Ljubljana Manifest für das Lesen“ berichtet, die im Zuge der Rolle Sloweniens als Ehrengastland auf der Frankfurter Buchmesse entstanden sei. Deutschland habe wie viele andere Länder das Manifest unterzeichnet, um die Bedeutung des Lesens und der Bibliotheken hervorzuheben. Sie werde sich hierzulande dafür einsetzen, dass Bibliotheken auch sonntags öffnen.

Weiterhin habe sie gemeinsam mit den Franzosen den KulturPass vorgestellt. Das Nachbarland biete diesen schon viele Jahre an und sei sehr erfolgreich. Auch Deutschland könne nach einem halben Jahr auf eine sehr gute Entwicklung blicken. Es sei geplant, das Projekt deutsch-französisch aufzustellen. Andere Länder hätten ähnliche Instrumente oder wollten sie einführen.

Die **Vorsitzende** leitet in die Fraktionsrunde über.

Abg. **Maximilian Mörseburg** (CDU/CSU) bezieht sich auf einen Nachbericht der Bundesregierung, in dem eine Videobotschaft des ukrainischen Ministers für Kultur und Informationspolitik erwähnt sei. Der Ratspräsident habe anschließend seine Unterstützung insbesondere für ukrainische Kulturschaffende und Künstler bekundet. Was zum Thema Ukraine-Hilfe besprochen worden sei und welche konkreten Pläne es gebe, möge gesagt werden. Dazu gehöre auch die Frage, welche Unterstützung Deutschland im Jahr 2024 und darüber hinaus leisten werde.

Auch in Israel leide zurzeit das Kulturleben, Kulturschaffende und Künstler hätten weniger oder gar keine Einnahmen. Bei einem Gespräch mit der Leiterin des Goethe-Instituts Israel, Dr. Carola Dürr, sei deutlich geworden, dass sich die Kulturschaffenden dort alleingelassen und in der internationalen Kulturwelt isoliert fühlten. Abg. Mörseburg zitiert eine israelische Stimme, die sich in diesem Sinn äußert. Deutschland dürfe ein solches Gefühl nicht zulassen. Ihn interessiere, ob bei der Ratssitzung auch die Lage der Kulturschaffenden in Israel besprochen worden sei und ob es einen Plan gebe, wie ihnen Beistand und Hoffnung gegeben werden könne.

Mit Blick auf das EMFA sind die Regeln zur Medienaufsicht von Interesse. Das neue Aufsichtsgremium „European Board for Media Services“ solle formal unabhängig, doch zugleich der EU-Kommission unterstellt sein. Wie das zusammengehe, soll gesagt werden. Zudem bittet Abg. Mörseburg um eine Einschätzung möglicher Entwicklungen in den folgenden Verhandlungen.

Abg. **Daniel Schneider** (SPD) bittet um detailliertere Erläuterungen zur Bestandsaufnahme der Umsetzung der Ratsschlussfolgerungen 2021 zur Erholung, Resilienz und Nachhaltigkeit der Kultur- und Kreativbranche. Ob auch darüber gesprochen worden sei, was nun konkret geplant sei, soll gesagt werden. Insbesondere interessiert das Thema soziale Absicherung von Künstlerinnen und Künstlern sowie Kulturschaffenden. Wie andere EU-Staaten auf das deutsche Modell der Künstlersozialversicherung schauen, möge gesagt werden.

Zudem ist von Interesse, wie es im Videospielesektor weitergehe, nachdem die hohe Bedeutung deutlich geworden sei. Eine weitere Frage zielt auf die Stärkung der Medienkompetenz.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) berichtet mit Blick auf Israel von Plänen für eine Evakuierung einer Tanzkompanie aus Beer Scheva. An dem Vorhaben seien er persönlich, die Kulturstiftung des Bundes und die BKM beteiligt gewesen, nicht jedoch das Auswärtige Amt (AA). Auch wenn es letztendlich nicht zu der Evakuierung gekommen sei, hält Abg. Lindh es für wichtig, dass Deutschland sich engagiere, wenn dies gewollt sei und es in Abstimmung mit der israelischen Seite geschehe. Die kulturelle Infrastruktur Israels sei in eine existenzielle Notlage geraten.

Abg. Lindh thematisiert den KulturPass. Inwieweit die europäische Kooperation bei diesem Projekt vorangeschritten sei und welche transnationalen Nutzungsmöglichkeiten angedacht seien, soll gesagt werden.

Abg. **Martin Erwin Renner** (AfD) kritisiert, dass der Nachbericht zum EMFA wenig relevante



Informationen enthalte. Er verweist auf einen Presseartikel, nach dem sieben EU-Mitgliedstaaten Journalisten staatlich ausspähen und überwachen lassen wollten, wenn Behörden dies zum Schutz der nationalen Sicherheit für notwendig erachteten. Ein entsprechender Passus sei bereits im Juni dieses Jahres im Rat mit deutscher Zustimmung verabschiedet worden.

Dies zeige eine unerträgliche Heuchelei und undemokratische Scheinmoral dieser Regierung. Nicht nur in diesem Punkt werde die eigentliche Stoßrichtung des Gesetzes deutlich. Es gehe nicht um Medienfreiheit, sondern tatsächlich um staatliche Kontrolle, Überwachung und Zensur.

Laut dem Medienbericht habe Staatsministerin Roth nun erreicht, dass Bund und Länder auf die ausdrückliche Erwähnung der „nationalen Sicherheit“ im EMFA-Entwurf verzichteten und eine entsprechende Formulierung vorgelegt. Es handele sich um einen plumpen semantischen Kunstgriff.

Weiterhin vermisse seine Fraktion klare Aussagen zur Unabhängigkeit der Medienaufsicht durch das neu zu installierende Regulierungsgremium und das dazugehörige Sekretariat. Diesbezüglich wünsche er weitere Informationen.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) sagt eingangs, wegen der Vereidigung von Donald Tusk zum neuen polnischen Regierungschef und seinem Kabinett sei der heutige Tag für ihre Fraktion ein schöner Tag. Die neue Regierung stimme sie zuversichtlich im Hinblick auf das geplante Deutsch-Polnische Haus, über das Gespräche geführt würden.

Die Videospiegelindustrie liege auch ihr am Herzen. Welchen Beitrag Deutschland leisten wolle, um deren Wettbewerbsfähigkeit zu stärken, soll gesagt werden. Zudem interessiert, wo die Staatsministerin Vorteile einer Stärkung und Nachholbedarf sieht.

Mit Blick auf die Ukraine gehe es zum einen um

den Schutz der Kultur und der Medienschaffenden, zum anderen um die Sicherung des Kulturschatzes. In diesem Zusammenhang gebe es das Instrument der Multi-Stakeholder-Plattform. Welchen Beitrag Deutschland dazu leisten könne, möge gesagt werden.

Beim Thema EMFA bittet Abg. Glogowski-Merten um Erläuterungen bezüglich der Thematik Verlegerrechte (Art. 6, Abs. 2), zu der im Plenum und im Ausschuss Bedenken geäußert worden seien.

Abschließend geht sie auf den KulturPass ein und wertet es positiv, wenn daraus ein gesamteuropäisches Projekt werden sollte. Es könne die europäischen Jugendlichen bereichern.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt eingangs, er finde es sehr gut, dass die Kultur- und Medienminister/-innen auf die Bedeutung der Kultur für die europäische Identität hingewiesen hätten. Vielfalt sei das Entscheidende und passende Rahmenbedingungen für die Kreativen und Künstlerinnen und Künstler seien entsprechend wichtig.

Die Staatsministerin habe die wichtigen Themen angesprochen, etwa Equal Pay, Geoblocking und KI. Das Thema KI zeige in Nachfolge der Debatte über das Urheberrecht, wie wichtig es sei, die Stimme der Kultur hochzuhalten.

Abg. Grundl geht auf den Redebeitrag des Abg. Renner ein, der von Heuchelei gesprochen habe. In Polen seien Kulturschaffende und Künstler/-innen jahrelang in ihrer Kreativität und Kunstfreiheit eingeschränkt worden. Die dortigen Verantwortlichen bezeichne Abg. Grundl als Spießgesellen der AfD.

An die Staatsministerin richtet er die Frage, was man von europäischer Seite aus tun könne, um Künstler/-innen vor Repressionen zu schützen. Er erinnert an die „Brüsseler Erklärung – Für die Freiheit der Kunst“ von vor fünf Jahren. Einige Länder hätten sich in den vergangenen Jahren



zum Besseren gewandelt, beispielsweise Polen oder Österreich.

Schließlich kommt Abg. Grundl auf den Kultur-Pass zu sprechen, der ein großer Erfolg sei. Wie dieser auf viele europäische Staaten ausgedehnt werden und ob Deutschland vorangehen könne, soll gesagt werden.

Die **Vorsitzende** bittet die Staatsministerin um Antworten.

Staatsministerin **Claudia Roth** spricht zunächst über die Ukraine. Zur Sitzung des Rates sei der amtierende ukrainische Kulturminister Rostyslav Karandziejew per Video zugeschaltet gewesen. Er habe geschildert, wie der Krieg sich auch gezielt gegen Kultureinrichtungen richte und um Unterstützung gebeten.

Sie werde sich am folgenden Montag mit ihm besprechen, um Genaueres zu erfahren und wo Hilfe am dringendsten benötigt werde. Ihr Haus habe dafür jedoch keine Mittel mehr zur Verfügung. Gemeinsam mit den Haushaltspolitikerinnen und -politikern müsse geprüft werden, welches Ressort Mittel zur Unterstützung einsetzen könne. Sie denke an das AA oder das Bundesministerium für Wohnen, Stadtentwicklung und Bauwesen. Mit Bundesministerin Klara Geywitz habe sie bereits über den Wiederaufbau von Kultureinrichtungen gesprochen.

Auf EU-Ebene gebe es das Finanzinstrument der Ukraine-Fazilität für Unterstützung beim Wiederaufbau. Für 2024-2027 seien 50 Mrd. Euro dafür vorgesehen. Aktuell blockiere Ungarn noch an dieser Stelle. Sie sei stolz darauf, dass explizit die kulturelle Infrastruktur in die Fazilität mit aufgenommen worden sei. Dafür habe sie sich eingesetzt.

Italien habe in einem kurzen Redebeitrag eine Sonderinitiative für die Ukraine vorgeschlagen. Ihren italienischen Kollegen werde sie im Januar treffen und darüber sprechen. Das Land habe 2024 die G7-Präsidentschaft inne und wolle das Thema

auf die Tagesordnung setzen.

Die Staatsministerin kommt auf Israel zu sprechen. Nachdem Abg. Lindh und andere seinerzeit ihr Haus adressiert hätten, habe man versucht, sich unterstützend einzubringen. Es habe zuvor bereits ein erstes Treffen mit über 100 Leiterinnen und Leitern von Kultureinrichtungen hierzulande gegeben, um folgende Fragen zu besprechen: Wie reagieren wir auf Antisemitismus und auf Versuche der Spaltung? Wie können wir israelischen Künstlerinnen und Künstlern helfen, die zu uns kommen wollen? Wie können wir in gemeinsamen Projekten helfen? Am folgenden Dienstag habe sie zu einem erneuten großen Treffen eingeladen.

Für alles, was das Goethe-Institut in Israel betreffe, sei das AA zuständig. Ihr Haus arbeite sehr eng mit dem Botschafter der Bundesrepublik Deutschland Steffen Seibert zusammen. Gerne würde sie beispielsweise Fotoausstellungen unterstützen, doch das Verfahren sei kompliziert und müsse vereinfacht werden.

Sodann geht die Staatsministerin auf das geplante EMFA ein. Federführend zuständig seien die Bundesländer. Seinerzeit sie die Zuständigkeit strittig gewesen. Im BMWK und im AA habe die Meinung vorgeherrscht, die Bundesregierung solle die Federführung übernehmen. Sie hingegen habe die Meinung vertreten, zuständig seien die Länder, da es um Medienpolitik gehe und dies Länderkompetenz sei. Dass die Länder nun federführend verhandelten und in enger Zusammenarbeit mit der Bundesregierung agierten, habe ihr Haus durchgesetzt. Mit Blick auf die Thematik Verlegerrechte (Art. 6, Abs. 2) führt die Staatsministerin aus, dass die ursprüngliche Formulierung eine deutliche Verschiebung der hiesigen Standards bedeutet hätte. Inzwischen sei ein guter Kompromiss gefunden worden, mit dem die Bundesländer einverstanden seien.

Kritik habe es auch an der geplanten EU-Aufsichtsbehörde gegeben. Die Kommission hätte sich gleich zu Beginn Einfluss gesichert, sodass man nicht mehr von Staatsferne hätte sprechen können. Das sei für Deutschland ein wichtiger



Verhandlungspunkt gewesen. Auch an dieser Stelle gebe es nun einen Kompromiss, der von Bund und Bundesländern mitgetragen werde.

Ein weiterer Punkt sei die Frage gewesen, inwiefern die „nationale Sicherheit“ im EMFA ausdrücklich erwähnt werden sollte. Ihr Haus habe sich gegen Bedenken des Bundesministeriums des Innern und für Heimat (BMI) durchgesetzt. Sie vertrete die Auffassung, dass das Thema Überwachung im EMFA nichts zu suchen habe und dass diese europäisiert werden solle, gleich gar nicht. Es sei allerdings nicht durchsetzbar gewesen, das Thema ganz zu streichen.

Beispielsweise lege Frankreich nach zahlreichen Terrorangriffen auch in diesem Jahr andere Maßstäbe als Deutschland an. Die Franzosen hätten gesagt, sie stimmten dem EMFA-Entwurf nur zu, wenn dadurch ihre Standards nicht gesenkt würden. Umgekehrt habe Deutschland ebenfalls bei einigen Bereichen mit den hiesigen Standards argumentiert.

Was bezüglich der nationalen Sicherheit verhandelt werde, betreffe nur die nationalen Ebenen. Es greife hierzulande nicht. Man sei auf einem guten Weg zu einem Kompromiss, um den es bei den Trilog-Verhandlungen am folgenden Tag gehen werde. Ziel sei, dass die spanische Präsidentschaft den EMFA-Entwurf noch zu Ende verhandeln könne. Sollte dies nicht gelingen, übernehme die belgische Präsidentschaft. Bis Februar müsse der Trilog-Prozess abgeschlossen sein, damit das Europäische Parlament rechtzeitig vor der Europawahl abstimmen könne. Nach Belgien übernehme Ungarn die Ratspräsidentschaft. Das Land habe sich wie auch Polen immer gegen das EMFA ausgesprochen. Polen sei jedoch bei der letzten Sitzung in Brüssel nicht mehr aktiv beteiligt gewesen. Sie gehe davon aus, dass die neue polnische Regierung das EMFA unterstützen werde. Daher bleibe Ungarn das einzige Land, das blockiere. Es sei jedoch keine Einstimmigkeit nötig, sondern es reiche eine qualifizierte Mehrheit.

Zusammenfassend sagt die Staatsministerin, der EMFA-Entwurf sei auf einem guten Weg.

Andernfalls wären die Bundesländer und die Bundesregierung nicht mitgegangen.

Sie kommt auf die Frage nach der Nachhaltigkeit zu sprechen. Das Thema habe bereits in mehreren Sitzungen eine große Rolle gespielt, vor allem beim informellen Gipfel in Cáceres. Sie habe die Green-Culture-Anlaufstelle, die einheitlichen Klimabilanzen für Kultureinrichtungen und die Green-Culture-Konferenzen vorgestellt.

Gemeinsam mit Kommissarin Iliana Ivanova habe man auf europäischer Ebene jetzt durchsetzen können, dass unter dem Stichwort „Greening of the Cultural and Creative Sektors“ die Bedeutung der Kultur in der ökologischen Transformation anerkannt werde. Es werde jetzt von EU-Kommission und Rat eine Arbeitsgruppe mit Vertretern aller EU-Staaten zum Thema „Green Transition of the Cultural and Creative Sektor“ vorbereitet. Dort solle Gelegenheit zum Austausch sein, etwa über Best Practice Modelle. Ihr Haus werde sich an dem wichtigen Vorhaben beteiligen.

Auch die Initiative „Neues Europäisches Bauhaus“ solle wichtige Impulse für Nachhaltigkeit geben. Es gehe etwa um die nachhaltige Klima-resiliente Gestaltung der europäischen Metropolen und Städte. Das Projekt liege Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen sehr am Herzen. Die Staatsministerin hofft, dass es auch nach der Europawahl von der neuen Kommission weiterverfolgt wird.

Zum Thema soziale Lage und Mobilität der Kreativen und Kulturschaffenden führt sie aus, dass nun eine Zusammenstellung erarbeitet werde, die zeige, was die EU-Mitgliedstaaten bereits umgesetzt hätten. Es gehe um die Frage, was Mobilität ermögliche. Aus den Schlussfolgerungen würden dann Maßnahmenbündel erarbeitet. Es werde auch geprüft, wo die europäische Ebene federführend in die Verbesserung der sozialen Lage von Kreativen und Kulturschaffenden einsteigen soll.

Beim KulturPass verlaufe der Prozess ähnlich. Frankreich und Deutschland hätten angeregt, dass



sich auch andere Staaten das Instrument einmal anschauen. Einige zeigten Interesse. Die Idee sei zu sagen: Das könnte sukzessive ein europäisches Projekt werden, bei dem die EU-Ebene mit einsteigt.

Für den KulturPass benötige sie auch die Unterstützung des Ausschusses. Die Finanzierung sei noch nicht dauerhaft hinreichend gesichert, selbst wenn der Haushaltsentwurf 2024 verabschiedet werde. Das Projekt sei erfolgreich. Die Staatsministerin nennt Zahlen zu Verkäufen von Büchern und Kinokarten und sagt, dass Millionen Euro Umsatz mit dem Instrument generiert worden seien. Viele Verbände forderten eine Fortführung.

Zum Thema Förderung der Videospieleindustrie bemerkt die Staatsministerin, dass sie den konkreten Beitrag Deutschlands zur Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit zu einem späteren Zeitpunkt nennen müsse, da noch Gespräche dazu geführt würden.

Einige angesprochene besorgniserregende Entwicklungen auf europäischer Ebene bereiteten ihr ebenfalls Kummer: Spaltungsversuche und die Frage, wie Künstler/-innen geschützt werden könnten. Gerade von rechtsextremistischen Kräften würden auch Kulturschaffende angegriffen. Sie werde die Probleme im Rahmen der bevorstehenden belgischen Präsidentschaft thematisieren.

Die **Vorsitzende** bedankt sich und schließt den Tagesordnungspunkt.

Tagesordnungspunkt 2

Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin (KBB) GmbH

Gespräch mit:

Prof. Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung
Haus der Kulturen der Welt

Matthias Pees

Berliner Festspiele

Mariette Rissenbeek

Internationale Filmfestspiele Berlin

Die **Vorsitzende** begrüßt und sagt einige einleitende Worte zu der Institution Kulturveranstaltungen des Bundes in Berlin GmbH (KBB). Sie erklärt das zwischen den Fraktionen vereinbarte Verfahren und erteilt den Gästen das Wort.

Prof. Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung (Haus der Kulturen der Welt, HKW) sagt eingangs, das HKW widme sich der Suche nach Strategien für ein besseres Zusammenleben in und mit der Welt. Es sei ein Haus, in dem Kulturen der Gastfreundschaft und Konvivialität gepflegt, zur Blüte gebracht und weitergetragen würden. Im HKW stehe der Respekt vor allen lebenden und nicht lebenden Wesen im Mittelpunkt. Berlin biete Bürgerinnen und Bürgern aus 170 Nationen ein Zuhause. Diese Menschen und ihre Communities seien für die Ausrichtung des HKW von grundlegender Bedeutung.

Das Programm basiere auf migrantisch verorteten Wissensformen und einer Fülle an Geschichten und Lebensrealitäten. Die Aufgabe bestehe darin, das HKW zu einem Haus der Vervielfältigungen und Begegnungen zu machen. Kulturen würden dort gelebt und erfahren.

In Zeiten, in denen die verschiedensten von Menschen verübten Ungerechtigkeiten die Menschlichkeit weltweit auf die Probe und infrage stellten, mache sich das HKW die emanzipatorische Maxime der Haitianischen Revolution zu eigen: Tout Moun Se Moun. Sie beschreibe den Geist, in dem das HKW arbeiten wolle. Sie besage, dass jeder Mensch ein Mensch sei, dass alle vor dem Gesetz gleich seien und kein Menschenleben wichtiger als ein anderes sei. Prof. Dr. Ndikung geht vertiefend auf die Maxime ein.

Im Anschluss präsentiert er einige Höhepunkte im HKW-Programm des Jahres 2024. 1. Utopie Osteuropa: Das sei eine Reihe mit Performances,



Lesungen, Diskussionen, Screenings und Konzerten. Im Gefüge namens Europa nehme Osteuropa einen seltsamen Platz ein. Es sei zwar Teil des Kontinents, habe jedoch keine Aufnahme in das viel beschworene europäische „Wir“ gefunden. Osteuropa sei immer das, was wir nicht seien. Es werde als ein Ort der Gewalt und der politischen Krisen wahrgenommen.

Das Festival Utopie Osteuropa sei der Versuch, diesen Blick umzudrehen. Osteuropa solle auch als Ort der Kreativität und der Resilienz verstanden werden. Es sei ein Laboratorium neuer Vorstellungen davon, wie Zusammenleben auch in schwierigen Zeiten gelingen könne.

2. Echos der Bruderländer: ein auf drei Jahre angelegtes multidisziplinäres Projekt, das die komplexen Beziehungen zwischen der DDR und ihren sogenannten Bruderländern künstlerisch erforsche. Es umfasse Ausstellungen, Performances, Workshops, Filmvorführungen, Erzählungen, Podcasts und Publikationen. Ein besonderer Fokus liege auf Kuba, Ghana, Mosambik und Vietnam. Unter allen „Bruderländern“ hätten sie den größten Anteil an Arbeitskräften entsandt. Zudem teilten sie eine schmerzhaft Geschichte der Abschiebungen nach der Wiedervereinigung, verbunden mit einer fehlenden finanziellen Entschädigung für die Arbeitsleistung ihrer Bürger/-innen. Eine Publikationsreihe, die sich der Gattung Comics bediene, begleite das Projekt und leiste eine Visualisierung und Kontextualisierung im Sinne seiner pädagogischen Ziele.

3. Always, Already There – Ein Inkubator für afrodiasporische Neue Musik: Dies sei ein Residency-Programm mit öffentlichen Auführungen. Bei dem Projekt arbeite das HKW mit dem International Contemporary Ensemble (ICE) in New York zusammen. Es gehe darum, Öffentlichkeit und Aufmerksamkeit zu erreichen und einzigartige neue Perspektiven auf zeitgenössische afro-diasporische Komponistinnen und Komponisten sowie Musiker/-innen zu ermöglichen, die zwischen 1960 und heute in den Bereichen Oper, Orchester, Kammermusik, instrumentale und elektroakustische Musik sowie Klangkunst,

Konzeptkunst und digitalen Intermedien arbeiteten.

Matthias Pees (Berliner Festspiele) stellt zu Beginn die begleitenden Personen der drei geladenen Vertreter der KBB-Einrichtungen vor. Er dankt Staatsministerin Claudia Roth sowie dem BKM-Amtschef Dr. Andreas Görden und ihrem Team für die exzellente Betreuung und Begleitung.

Der Austausch mit den Kulturpolitikern und Kulturpolitikerinnen des Deutschen Bundestages sei wichtig. Die Kulturinstitutionen der KBB gehörten zu den wenigen in Deutschland, die sich in direkter Trägerschaft des Bundes befänden. Dialog sei unter anderem bedeutsam, um den kulturpolitischen Auftrag der KBB zu präzisieren und Erwartungen im Hinblick auf bundesweite Relevanz abzugleichen.

Die gemeinsame Tradition der Berliner Festspiele und der Internationalen Filmfestspiele Berlin beginne in den frühen 1950er-Jahren. In der Zeit der deutschen Teilung und der Wiedervereinigung hätten sich jeweils spezifische Aufgaben kulturpolitischer Art für die Institutionen ergeben.

Seit dem Hauptstadtvertrag von 2002 seien die Institutionen Teil der KBB mit einer zentralen Verwaltung, einer dezentralen und komplementären Programmierung sowie vielen Synergien.

Ein neuer Verbund mit einer bundesweit einmaligen gemeinsamen und ausstrahlenden Grundlage sei entstanden. Die Institutionen könnten zum einen die künstlerische Zeitgenossenschaft und Aktualität in der Vielfalt aller in der KBB vertretenen künstlerischen Disziplinen vorzeigen, also bildende Kunst, Musik, Film, Theater, Tanz, Performance, Literatur usw. Zum anderen könne in der Arbeitspraxis die Verbindung von Fragestellungen künstlerischer, kulturpolitischer, gesamtgesellschaftlicher und wissenschaftlicher Art auf nationaler und vor allem auch auf internationaler Ebene geschaffen werden.



Das alles sei nur möglich und sinnvoll auf der Grundlage von unabhängiger, exzellenter und sehr vielfältiger Kunst und ebensolchen Künstlern und Künstlerinnen.

Die KBB sei immer auch ein Brennglas von Kunst und Gesellschaft in Deutschland und Europa sowie zugleich eine Art universale Satellitenschüssel. Sie sei nicht nur Sender und Empfänger, sondern realer Ort künstlerischer Begegnung und des Austauschs mit dem Publikum.

Der Geschäftsbereich der Berliner Festspiele sei selbst eine Art Puppe in der Puppe, die noch mehr Puppen in sich trage. Er sei eine vielseitige Struktur mit zwei Häusern: Dem Haus der Berliner Festspiele in der Schaperstraße und dem Martin Gropius Bau. Den Gropius Bau bespiele die Institution maßgeblich seit seiner Wiedereröffnung 1981, seit 2002 sei er ein Festivalhaus und ein Ausstellungshaus der Berliner Festspiele.

Die Berliner Festspiele beherbergten 14 Festivals, von denen 12 selbst veranstaltet würden. Die meisten hätten eine jahrzehntelange Einzelgeschichte, beispielsweise das Theatertreffen. Ein weiteres Beispiel sei das Jazzfest Berlin. Beide Festivals seien Meilensteine des deutschen Kulturlebens und feierten nächstes Jahr ihre 60. Geburtstage.

Die „Treffen junge Szene“ seien vier im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung veranstaltete Bundeswettbewerbe für junge Nachwuchstalente zwischen 11 und 21 Jahren in den Bereichen Theater, Tanz, Literatur und Musik.

Das Musikfest Berlin und die MaerzMusik seien seit Jahrzehnten weit über Berlin ausstrahlende Ereignisse der Orchestermusik und der Neuen Musik. Die Berliner Festspiele hätten zudem das internationale literaturfestival berlin (ilb) und das Festival „Tanz im August“ zu Gast. Beide seien bundesweit die wichtigsten Festivals in den Bereichen Literatur und Tanz. Weiterhin fänden viele Branchentreffen in den Häusern statt.

Eine Performing Arts Season ermögliche Koproduktionen und Gastspiele großer internationaler Musik-, Theater- und Tanzproduktionen in Deutschland und in Berlin. Auch Sonderprojekte der Berliner Festspiele gehörten zur Tradition der Institution. Herr Pees nennt einige Beispiele.

Der Gropius Bau sei eines der meistbeachteten Ausstellungshäuser Europas mit sechs bis zwölf großen und mittleren Ausstellungen pro Jahr. Seit fünf Jahren sei der Bau auch ein offenes Haus für die diversen Stadtgesellschaften.

Herr Pees gibt einen kurzen Rückblick über die Entwicklung des Gropius Baus inklusive der finanziellen Ausstattung und der Personalstruktur. Nun sei die neue Direktorin Jenny Schlenzka am Start. Sie wolle die Zusammenarbeit mit den Künstlerinnen und Künstlern im Ausstellungsbetrieb sichtbarer machen, den Ort stärker performativ aktivieren und zugänglich machen. Daher müsse die positive finanzielle und personelle Entwicklung fortgeführt werden.

Die Sanierung des Hauses sei ab 2029 notwendig. Die Bedarfsplanung sei gerade an die BKM übergeben worden. Ziel sei ein ökologisch nachhaltiges Ausstellungshaus. Dafür sei die Unterstützung der Abgeordneten notwendig.

Mariette Rissenbeek (Internationale Filmfestspiele Berlin, Berlinale) dankt eingangs für die Unterstützung der KBB-Institutionen durch den Kulturausschuss. Der Name Berlinale beinhalte einerseits das Wort Berlin, andererseits sei das Festival 1951 als Fenster zur Welt gegründet worden. Das Internationale präge das Festival bis heute. Dies sei wichtig, da es für den Filmbereich als Multiplikator fungiere.

Das Festival umfasse zahlreiche Veranstaltungen, die mit dem Entstehen von Filmen zu tun hätten. Frau Rissenbeek nennt einige Beispiele: So gehe es etwa beim Projekt Berlinale Talents um Bildung und Fortbildung von Filmschaffenden aus der ganzen Welt. Der sogenannte Co-Pro Market sei Marktplatz für Koproduktionen. Die Auswertung der Filme werde im Filmmarkt



verhandelt. Dort trafen Unternehmen aufeinander, die mit Filmlizenzen handelten und dafür sorgten, dass die Produktionen durch die ganze Welt reisten.

Darüber hinaus sei das Festival ein Festival für das Berliner Publikum. Es sei sehr vielfältig. Beispielhaft geht Frau Rissenbeek auf die Sektion Generation ein, die sich an ein junges Publikum richte und dafür werbe, das Kino als Ort der Begegnung und des Austausches zu sehen. Viele Lehrerinnen und Lehrer nutzten im Rahmen von Schulprojekten die Gelegenheit, mit ihren Schülerinnen und Schülern Vorführungen zu besuchen.

Die Berlinale spreche unterschiedliche Zielgruppen an. Dazu gehörten auch Leute, die in ihrem Elternhaus nicht mit Kinokultur in Verbindung gekommen seien. Das sei sehr wichtig und solle ausgebaut werden. Eine andere Zielgruppe seien beispielsweise Menschen, die für Filmmacher wie Steven Spielberg ins Kino kämen, an Großproduktionen interessiert seien und sich gern unterhalten ließen.

Mit Formaten wie Forum oder Panorama wolle man den Diskurs anregen und Menschen ermuntern, sich mit verschiedenen ästhetischen Formgebungen auseinanderzusetzen. Insgesamt sei es wichtig, vielfältige Angebote zu unterbreiten.

Frau Rissenbeek betont, dass Kino ein Gemeinschaftserlebnis sei. Gerade in Zeiten, in denen es häufig auf Konfrontation und Eskalation hinauslaufe, sei das Gemeinschaft stiftende Kino ein sehr wichtiger Bestandteil der Kultur.

Das Festival sei eine Plattform für Dialog und das wolle man unbedingt beibehalten. Anlässlich der Filme gebe es immer wieder Formate, die zum Austausch anregten. So habe letztes Jahr ein Panel zum Thema Filmschaffende im Iran stattgefunden. Auf der nächsten Berlinale werde mit Sicherheit der Nahostkonflikt sowohl im Filmprogramm als auch im begleitenden Wortprogramm berücksichtigt werden.

Die Berlinale habe sehr früh die Debatte über genderneutrale Preise angestoßen. Vor drei Jahren sei der genderneutrale Darstellerpreis ins Leben gerufen worden. Viele andere Festivals seien gefolgt. Zunächst seien einige Leute verwundert gewesen oder auch betrübt darüber, dass die Frauenquote verschwunden war. Es habe sich jedoch gezeigt, dass die genderneutrale Preisvergabe dazu führe, dass mehr Frauen ausgezeichnet werden. Zudem sei es jetzt möglich, Menschen auszuzeichnen, die weder männlich noch weiblich seien.

Im Jahr 2020 hätten sich die Verantwortlichen mit der Geschichte der Berlinale auseinandergesetzt und zwei Studien zum Berlinale-Gründungsdirektor Alfred Bauer erstellen lassen. Es habe auch ein Panel zu Bauer und seiner NS-Vergangenheit stattgefunden. In diesem Jahr würden die beiden Studien zu einem Buch zusammengefasst. Die Auseinandersetzung mit der eigenen Vergangenheit sei sehr wichtig gewesen.

Abschließend geht Frau Rissenbeek auf die Jurypräsidentin der Berlinale 2023 Kristen Stewart ein. Die junge, dynamische Schauspielerin, Regisseurin und Produzentin habe neue Gruppen angesprochen. Es habe damals sehr viel Lob von den Kinos gegeben, da eine Jurypräsidentin wie Frau Stewart auch das junge Publikum wieder ins Kino locken könne.

Die **Vorsitzende** leitet in die Fraktionsrunde über.

Abg. **Helge Lindh** (SPD) zeigt sich erfreut über die Aktivitäten der KBB-Einrichtungen und betont deren Finanzierung durch Beschlüsse des Deutschen Bundestages. Daher begreife er die Institutionen auch als Bundeskultureinrichtungen des Parlaments und verbinde dies mit dem Wunsch nach einem intensiven Austausch.

Herr Prof. Dr. Ndikung verfolge eine ganz spezielle Idee einer Kulturinstitution, die einen Gesellschaftsbezug herstelle. Er beziehe sich dabei auch auf die afro-brasilianische Intellektuelle Beatriz Nascimento. Das HKW stelle eine Art intellektuelles Labor dar. Warum eine



Bundesinstitution derart aufgestellt sein solle, möge erläutert werden.

Die Berliner Festspiele planen eine Themenwoche zu dem Komplex Israel/Palästina/das Miteinander in Deutschland, an der auch israelische, palästinensische und persische Akteurinnen und Akteure beteiligt seien. Herr Pees soll die Idee dahinter erläutern und schildern, wie die Ereignisse des 7. Oktobers und deren Folgen die Arbeit prägen.

Abg. Lindh dankt Frau Rissenbeek für ihre Arbeit als Geschäftsführerin der Internationalen Filmfestspiele Berlin und bittet sie, rückblickend zu erklären, was ihr dabei besonders wichtig war. Sie möge die Identität der Berlinale in Worte fassen und skizzieren, wohin sie sich entwickeln könne.

Abg. **Annette Widmann-Mauz** (CDU/CSU) spricht mehrere Komplexe an. 1. Finanzen: Sie habe zum einen bei der Lektüre einer eingereichten Stellungnahme die Erwartung gespürt, dass alle drei Institutionen auf die Beschlüsse der Bereinigungssitzung des Haushaltsausschusses hofften. Zum anderen sei in Gesprächen deutlich geworden, wie traurig man darüber sei, dass 600.000 Euro aus dem Etat des AA fehlten. Nach aktuellen Verlautbarungen des Bundeskanzlers und der Ankündigung weiterer globaler Minderausgaben wolle sie wissen, wie die Gäste jetzt auf die Zukunft blickten. Welche Auswirkungen es auf Programme und Projekte haben könne, wenn finanzielle Zusagen nicht eingehalten würden, soll gesagt werden.

2. Inhaltliche Arbeit: Die Gäste hätten die Multiperspektivität als ein Grundprinzip der Erinnerung beschrieben. Auch Menschen unterschiedlicher Communitys sollten Programme mitgestalten. Welche Erfahrungen man mit diesem Ansatz gemacht und wo es Schwierigkeiten gegeben habe, möge berichtet werden. Weiterhin interessiert, welche strukturellen Voraussetzungen geschaffen würden, sodass die Multiperspektivität nicht Antisemitismus und andere Formen der Menschenfeindlichkeit zur Folge habe. Abg. Widmann-Mauz möchte wissen, ob der durch die BKM in Aussicht gestellte Code of Conduct den

Gästen bereits präsentiert worden sei, welchen Inhalt er habe und ob er anwendbar sei.

3. Zusammenarbeit: Sie interessiere vor allem, wie die Kooperation des HKW mit dem Humboldt Forum insbesondere beim Thema Kolonialismus gestaltet sei.

4. Das Projekt Science after Science: Dort sei von alternativen Wissenschaften die Rede und davon, wie „die Wissenschaft aus ihrer Bindung an neo-liberale kapitalistische Strukturen und geografischen Sackgassen“ befreit werden könne. Dies möge bitte erläutert werden.

Abg. **Erhard Grundl** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt eingangs, die drei KBB-Einrichtungen sorgten für eine höhere Attraktivität der Hauptstadt als Kultur- und Weltstadt. Herr Pees habe das Thema Betriebsökologie angesprochen. Die Gäste mögen erläutern, wie es in den Häusern und bei der Berlinale diesbezüglich aussehe, was zu verbessern wäre und was man sich vorgenommen habe. Weiterhin interessiert der Stand der digitalen Angebote. Auch was nicht so gut laufe, möge gesagt werden.

Er wisse, dass die Institutionen sich ihre Sponsoren nicht aussuchen könnten. Abg. Grundl äußert sich kritisch über das Unternehmen Uber, das die Berlinale sponsere. Dessen Geschäftsidee basiere auf fragwürdigen Arbeitsbedingungen.

Abg. **Awet Tesfaiyes** (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, ihr sei das Thema Vielfalt und Diversität wichtig. Daher habe sie die Frage, wie Teile der Gesellschaft, die im Kulturbetrieb bisher nicht eingebunden seien und sich dort nicht repräsentiert sähen, stärker eingebunden werden könnten.

Sie sehe bei allen drei Einrichtungen viele Entwicklungen. Sie freue sich über die neue Berlinale-Jurypräsidentin 2024 und auch darüber, dass künftig eine Frau an der Spitze der Internationalen Filmfestspiele Berlin stehen werde.



Mit Blick auf das HKW sagt Abg. Tesfaiesus, dass es zur Programmatik gehöre, weite Teile der Gesellschaft einzubinden. Sie wünsche sich weitere Ausführungen über das Konzept und wie mehr Diversität bei Personal, Belegschaft und Publikum erreicht werden könne.

Abg. **Anikó Glogowski-Merten** (FDP) zeigt sich erfreut über die erneute Gelegenheit zum Gespräch mit Prof. Dr. Ndikung, den sie am Montag zuvor gemeinsam mit Kolleginnen und Kollegen des Unterausschusses Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik des Auswärtigen Ausschusses getroffen habe. Beeindruckend seien einerseits der Anspruch des HKW auf Sichtbarkeit und auf das Hineinwirken in die Stadtgesellschaft, und andererseits das Hinauswirken über die nationalen Grenzen hinweg. Parallelen gebe es zur Berlinale, die eine große internationale Strahlkraft auszeichne und die sich zugleich sehr um das (junge) Publikum hierzulande bemühe.

Wie es über diese Bemühungen hinaus den Einrichtungen gelingen könne, noch mehr Sichtbarkeit in der Stadtgesellschaft und darüber hinaus zu schaffen, soll gesagt werden. Weiterhin interessiert, wie die Nachwuchsförderung aussieht.

In der gemeinsamen Stellungnahme der drei KBB-Institutionen sei häufig von Verzahnung zu lesen gewesen. Dies möge weiter ausgeführt werden.

Die thematische Hinwendung des HKW zu den postsowjetischen Staaten finde sie sehr gut. Tatsächlich seien diese auch im Kulturbereich eher unterbelichtet gewesen. Zahlreiche Länder Osteuropas könnten mehr Strahlkraft gebrauchen und ein erster Schritt sei nun gemacht.

Abg. **Dr. Marc Jongen** (AfD) wendet sich eingangs an Prof. Dr. Ndikung, der ein Vertreter des Postkolonialismus sei und dies mit der Ausstellung O Quilombismo unterstrichen habe. Die Ausführungen auf der dazugehörigen Internetseite erinnerten an die Ambitionen der documenta fifteen, die zu einem antisemitischen Kunstskandal geführt habe.

Abg. Dr. Jongen zitiert aus einen von Prof. Dr. Ndikung versandten Facebook-Post aus dem Jahr 2014 zum Gaza-Konflikt, von dem dieser sich des Öfteren distanziert habe. Trotz der Distanzierung habe Prof. Dr. Ndikung die „Initiative GG 5.3 Weltoffenheit“ weiter unterstützt. Dieser Initiative wiederum gehe der Beschluss des Bundestages zur Israel-Boycott-Bewegung „Boycott, Divestment and Sanctions“ (BDS) aus dem Jahr 2019 (Drucksache 19/10191) zu weit. In dem Beschluss seien Argumentationsmuster und Methoden der BDS-Bewegung als antisemitisch bezeichnet und verurteilt worden.

Abg. Dr. Jongen nimmt weiterhin Bezug auf einen offenen Brief der Initiative „Palästina Spricht“ aus dem Jahr 2021, den Prof. Dr. Ndikung unterzeichnet habe und erläutert dessen Inhalt. Der Intendant und Chefkurator des HKW soll klarstellen, ob er sich von der BDS-Bewegung distanzieren oder nicht. Distanziere er sich, möge er die Gründe dafür nennen. Weiterhin soll Prof. Dr. Ndikung zu dem Vorwurf Stellung nehmen, dass der Postkolonialismus Antisemitismus befördere und sagen, ob im HKW auf diesen Zusammenhang aufmerksam gemacht werde und wenn ja, in welcher Form.

Abschließend geht Abg. Dr. Jongen auf den bisherigen Berlinale-Intendanten Carlo Chatrion ein und spricht von dessen „Entlassung“, die für Kritik gesorgt habe. Seine Nachfolgerin Tricia Tuttle sei auch Leiterin des London Lesbian and Gay Film Festival gewesen. Frau Rissenbeek soll die Personalie beurteilen und einschätzen, wie belastet die neue Intendantin ihre neue Funktion antrete.

Die **Vorsitzende** erteilt den Gästen das Wort für ihre Antworten.

Prof. Dr. Bonaventure Soh Bejeng Ndikung (HKW) spricht zunächst über die Ausstellung O Quilombismo. Quilombismo sei ein Konzept, in dem es darum gehe, wie Menschen besser zusammenleben könnten. Das HKW wolle zeigen, dass es unterschiedliche Menschen aus unterschiedlichen Teilen der Welt gebe, die alle hierzulande lebten, zur Gesellschaft beitragen und das



Grundgesetz respektierten. Das sei von nationaler Relevanz.

Die Menschen brächten unterschiedliches Wissen und unterschiedliche Kulturen mit und lebten dies in Deutschland aus. Es sei wichtig, dass jene, die sich integriert hätten, etwas in der Gesellschaft leisteten und beisteuerten, auch anerkannt würden.

Es gehe nicht nur um die Diversität von Kulturen, sondern auch um Diversität von Disziplinen. Die Frage sei, welche Menschen man im HKW ansprechen wolle. Es gebe Vermittlungsprogramme für jüngere und ältere Leute. Beispielhaft geht er auf das Projekt Echos der Bruderländer ein. Dabei arbeite man mit Zeitzeugen der DDR zusammen, einige davon besuchten normalerweise eher nicht das HKW. Sie seien eingeladen worden, das Projekt mitzugestalten. Nun machten sie Workshops mit den Künstlerinnen und Künstlern. Die Zeitzeugen würden auch in Schulen eingeladen, um dort etwa über ihre Treffen und die Zusammenarbeit mit Menschen aus Mosambik zu berichten und auch darüber, was es bedeutete, dass sie nach dem Mauerfall plötzlich das Land verlassen mussten.

Im Hinblick auf die finanzielle Ausstattung drückt Prof. Dr. Ndikung seine Hoffnung aus, dass die bisherigen Planungen für 2024 vom Haushaltsausschuss des Bundestages bestätigt werden und das von seinem Haus geplante Programm realisiert werden könne.

Die geplanten Kürzungen im Etat des AA seien bedauerlich. Bei den vielen aktuellen Krisen in Deutschland und der Welt sei es umso wichtiger, dass Kultur als eine Möglichkeit zur Bewältigung gesehen werde. Die Kultur habe auch einen Bildungsauftrag, den das HKW erfüllen wolle. Dafür sei Geld notwendig, auch aus dem Etat des AA.

Prof. Dr. Ndikung kommt auf das Stichwort Multiperspektivität zu sprechen. Obwohl das HKW im Zentrum Berlins angesiedelt sei, sei es gleichwohl weit weg von unterschiedlichen

Communitys. Die Menschen fragten sich: Wieso müssen wir dorthin gehen? Man müsse ihnen einen Grund geben. Die Frage sei auch, wem eine solche Institution überhaupt gehöre. Sie gehöre allen Bürgerinnen und Bürgern. Daher versuche das Haus, viele unterschiedliche Menschen anzulocken. Das sei schwierig. Man habe entsprechende Projekte entwickelt. Prof. Dr. Ndikung nennt beispielhaft die mit dem Fotografen Wolfgang Tillmans gestaltete Plakatkampagne „Was tun mit der Welt?“, bei der das HKW mehr als 20 Philosophen aus aller Welt um Antworten gebeten habe. Es sei eine Ausstellung in der Stadt gewesen, um Menschen ins HKW einzuladen.

Sodann greift Prof. Dr. Ndikung das Thema Antisemitismus auf. Antisemitismus sei ein Problem in der ganzen Gesellschaft, nicht nur in Deutschland, sondern überall in der Welt. Das HKW kämpfe gegen Antisemitismus, Rassismus und Menschenfeindlichkeit aller Art. Das Haus habe bei seiner Wiedereröffnung ein entsprechendes Poster in ganz Berlin verteilt, das zeige, wofür die Einrichtung stehe. Prof. Dr. Ndikung wiederholt seine Ausführungen über die Maxime der Haitianischen Revolution „Tout Moun Se Moun“ und bezeichnet diese als Kern der Arbeit des HKW.

Für eine Zusammenarbeit mit dem Humboldt Forum sei sein Haus offen. Er bittet um Verständnis dafür, dass das HKW erst seit einigen Monaten wiedereröffnet sei und etwas Zeit benötigt werde, um anzukommen. Wenn es Anknüpfungspunkte gebe, arbeite er gerne mit anderen Häusern zusammen. Schwierigen Fragen werde man sich stellen.

Prof. Dr. Ndikung erläutert das Projekt Science after Science. Wissen gebe es überall auf der Welt. Einiges sei bereits verlorengegangen, wie etwa auch Sprachen verloren gegangen seien. Das HKW wolle unterschiedliche Sprachen und unterschiedliches Wissen der Welt nach Berlin holen. Er schildert beispielhaft die Tradition des Pflanzens von Bäumen bei Geburten und Todesfällen aus einer anderen Kultur, die durch diesen Automatismus systematisch dem Klimawandel entgegenwirke. Die Abholzung im großen Stil



ohne Wiederaufforstung sei Teil des kapitalistischen Systems.

Abschließend geht Prof. Dr. Ndikung auf den Postkolonialismus ein. Postkolonialismus sei eine Beschreibung des Zustandes der Welt. Man lebe in einer postkolonialen Welt, das heiße, in einer Zeit nach dem Kolonialismus. Er hoffe, dass der Kolonialismus zu Ende ist. Viele Menschen versuchten, einen gemeinsamen Weg in der Welt zu finden.

Er sei noch nie ein Teil der BDS-Bewegung gewesen und werde es auch nie werden. Seine Arbeit in den vergangenen 20 Jahren sei dem Ziel gewidmet gewesen, die Würde der Menschen zu respektieren und zu stärken.

Matthias Pees (Berliner Festspiele) geht eingangs auf die Frage nach der Verzahnung der Einrichtungen ein. Zum einen würden die Häuser zum Teil gemeinsam genutzt. So nutze die Berlinale im Februar alle drei Häusern der Berliner Festspiele.

Zum anderen bestehe immer die Möglichkeit, inhaltlich zu kooperieren. So könnten zu thematischen Schwerpunkten oder zu einem Künstler/einer Künstlerin verschiedene künstlerische Disziplinen arbeiten und beispielsweise Ausstellungen, einen Kongress, Aufführungen, Konzerte usw. beisteuern.

Im Hinblick auf die Betriebsökonomie seien die Häuser unterschiedlich aufgestellt. Das Haus der Berliner Festspiele sei gerade saniert worden, eine Nacharbeit werde in den kommenden Jahren nötig. Die Energiebilanz habe sich erheblich verbessert. Die Sanierung des Gropius Baus stehe noch an. Dort seien erhebliche Einsparungen und Verbesserungen möglich. Die Umbauarbeiten im HKW kämen hoffentlich in den nächsten Monaten zum Ende.

Gemeinsam könnten die drei Einrichtungen die Praktiken der Kulturarbeit modellhaft erheblich bearbeiten und verbessern. So sei etwa das nachhaltige Produzieren von Kunst und Kultur

ein wichtiges, huserbergreifendes Thema, das in verschiedenen Arbeitsgruppen bearbeitet werde. Themen wie dieses seien auch in der Zentrale angesiedelt.

Es gebe einen Kodex zu Antidiskriminierung. Eine Diversittsbeauftragte kümmere sich um strukturelle Verbesserungen für alle Einrichtungen. Die Diversifizierung der Kulturinstitutionen wollten alle voranbringen. Dies sei in durch Bürokratie geprägten Institutionen schwieriger, als man denke. Kürzlich seien in allen Häusern Deutsch- und Englischkurse für Mitarbeiter/-innen angelaufen, die Begegnungen ermöglichten.

Thematische Verzahnungen gebe es etwa beim Schwerpunkt Osteuropa. Die Berliner Festspiele seien in Berlin traditionell der Ort, an dem der Ost-West-Konflikt und die Spätfolgen verhandelt worden seien. Die Häuser arbeiteten auch zum Teil mit denselben Persönlichkeiten in Projekten zusammen.

Herr Pees geht vertiefend auf die geplante Themenwoche zu dem Komplex Israel/Palästina/das Miteinander in Deutschland ein, nennt beteiligte Kulturschaffende und beschreibt ihre Arbeiten.

Sodann spricht er das Thema Multiperspektivität an. Die KBB-Einrichtungen seien Schutzräume, in denen Menschen jenseits von Polarisierungen und Zuschreibungen zusammenkommen und Dinge verhandeln könnten. In diesen Räumen gebe es eine Pluralität von Erfahrungen, Haltungen und Perspektiven, die miteinander ausgetragen und ausgehalten werden könnten.

Orte wie die KBB-Einrichtungen und die Vorgänge dort seien als Vorbilder für alle Menschen der Gesellschaft geeignet. So seien auch die Mitarbeiter/-innen in den Betrieben sehr divers. Das zeige sich etwa, wenn es um Positionierungen nach dem Angriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober gehe. Es gebe Menschen, die den Angriff verurteilten, aber gleichzeitig fragten, ob die Solidarisierung mit anderen Opfern dieses Konfliktes auch gewährleistet sei.



Die Einrichtungen seien herausgefordert. Bisweilen müsse man auch pragmatisch vorgehen. Als Beispiel reißt Herr Pees einige Projekte an, die die drei Institutionen zur Fußball-EM umsetzen.

Im Hinblick auf die Finanzierung der Einrichtungen berichtet Herr Pees, dass alle Verantwortlichen gespannt auf den Haushaltsentwurf im Juli 2023 gewartet hätten. Dafür, dass die KBB in den vergangenen Jahren gestärkt worden sei, bedanke er sich im Namen aller drei Institutionen. Sollten die Mittel nun nicht wie vorgesehen bewilligt werden, wäre das ein Schock. Es gehe um die Vollendung des Plans für den Aufbruch.

Mariette Rissenbeek (Berlinale) blickt zurück auf ihre sich dem Ende zuneigende Zeit als Geschäftsführerin der Internationalen Filmfestspiele Berlin. Es sei für sie sehr wichtig gewesen, dass die Berlinale in den beiden Jahren der Pandemie in Sonderformaten habe umgesetzt werden können. Sie dankt der BKM, dass Mittel dafür zur Verfügung gestellt worden seien. Trotz Pandemie habe man Formate für das Publikum anbieten und ungeachtet einiger kritischer Stimmen aus der Presse zeigen können, wie man mit einem sorgfältigen Gesundheitskonzept die Gesundheit des Publikums so wenig wie möglich gefährde.

Die Identität der Berlinale sei Begegnung: Begegnungen des Publikums, aber auch Begegnungen der internationalen Filmbranche, die dafür sorgen, dass die Produktionen weltweit verbreitet würden.

Die Nachhaltigkeit werde jedes Jahr überprüft und es würden immer neue Ideen entwickeln. Die Berlinale arbeite mit dem Ökoinstitut zusammen. Es sei den Verantwortlichen bewusst, dass ein Festival an sich nicht gerade eine sehr nachhaltige Veranstaltung sei. Gleichwohl versuche man, auch durch neue Maßnahmen die Nachhaltigkeit zu stärken. Beispielsweise bestehe der rote Teppich aus recyceltem Material.

Der Fahrdienst der Berlinale transportiere um die 2.000 Gäste und koste mehr als eine halbe Million Euro. Das könne man nicht aus dem Budget

bezahlen. Verschiedene Autounternehmen seien angesprochen worden. Es sei nicht möglich gewesen, ein Unternehmen zu finden, das 80 Fahrzeuge mit Fahrern hätte zur Verfügung stellen beziehungsweise dies hätte finanzieren können. So sei man wieder mit Uber zusammengekommen. Ihrer Nachfolgerin werde sie empfehlen, das Projekt im nächsten Jahr frühzeitig zu prüfen und anzugehen.

Zum Thema Digitalisierung erklärt Frau Rissenbeek, digitale Angebote der Berlinale existierten im Rahmen der Website. Die Filme selbst würden nicht digital gezeigt. Sie würde sich immer dagegen aussprechen, weil dies dem Gedanken „Kino als Gemeinschaftserlebnis“ entgegenstehe. Zudem handele es sich um Filmpremierer. Die Filmemacher versprächen sich eine Kino-Auswertung, die durch digitale Angebote erschwert würde.

Frau Rissenbeek kommt auf das Thema Diversität zu sprechen. Da die Auswahlkomitees der Berlinale divers seien, falle auch das Filmprogramm divers aus. Selbstverständlich wolle man weitere Zielgruppen erreichen und ihnen erleichtern, zur Berlinale zu kommen. So würden Filme in türkischer, arabischer oder einer anderen Sprache in der Sektion Generation angeboten. Im Rahmen des erwähnten Fußballprojekts würden sehr unterschiedliche Fußballvereine aus ganz Deutschland porträtiert. Dadurch könne man ein junges Publikum anziehen, das sich für Sport interessiert.

Sodann nimmt Frau Rissenbeek zur Nachfolge von Herrn Chatrian Stellung. Als sie im März angekündigt habe, dass sie keinen neuen Vertrag für das Festival 2025 anstrebe, sei klar gewesen, dass die Frage der Doppelspitze noch einmal neu gestellt würde und es Veränderungen geben könnte.

Sie glaube, dass die Entscheidung für eine Person an der Spitze der richtige Weg sei. Sie habe Tricia Tuttle einst als Leiterin des BFI London Film Festivals kennengelernt und sich mit ihr ausgetauscht. Sie sei eine kluge, fähige und sehr kommunikative Person, die die Berlinale in die



Zukunft führen könne. Die großen Veränderungen in der Kino- und Filmlandschaft bedeuteten große Herausforderungen für ein Festival. Frau Rissenbeek zeigt sich überzeugt, dass Frau Tuttle diese meistern könne.

Staatsministerin **Claudia Roth** nutzt die Gelegenheit, um Frau Rissenbeek für fünf Jahre Kärnerarbeit in Krisenzeiten zu danken. Sie habe unglaublich viel Kraft und Herz eingebracht. Die Staatsministerin verspricht alles dafür zu tun, dass die 2024-er Berlinale erfolgreich werde. Trotz knapper Kassen wolle der Bund das Festival mit 12,6 Mio. Euro finanzieren. Sie sei dem Regierenden Bürgermeister Berlins sehr dankbar, dass er den Berliner Beitrag auf 2 Mio. Euro erhöhen wolle.

Anschließend nimmt die Staatsministerin Stellung zur Umstrukturierung an der Spitze der Berlinale. Nach Frau Rissenbeeks Ankündigung, ihren Vertrag nicht verlängern zu wollen, habe der Aufsichtsrat der Berlinale zur Überprüfung der Struktur aufgefordert. Es habe monatelange Gespräche gegeben. Am Ende sei übereinstimmend vorgeschlagen worden, dass die Berlinale von einer Intendantin/einem Intendanten mit einem Team geleitet werden solle. Herr Chatrian sei gefragt worden, ob er sich vorstellen könne, in der neuen Struktur eine Rolle zu übernehmen. Zunächst habe er dies bejaht und sich dann anders entschieden. Die Staatsministerin widerspricht Abg. Dr. Jongen, es sei mitnichten ein Vertrag gekündigt worden.

Auch bezüglich Antisemitismus spricht die Staatsministerin Abg. Dr. Jongen direkt an. Sie verweist auf einen Vorfall im polnischen Parlament am Vortag. Dort habe der Abgeordnete Grzegorz Braun die Lichter auf einem Chanukka-Leuchter mit einem Feuerlöscher gelöscht. Dies sei ein unsäglicher Angriff gewesen. Der Politiker sei im Jahr 2022 Gast der Fraktion der AfD gewesen. Im August 2020 habe Herr Braun bei dem von Teilen der Fraktion der AfD ausgerufenen „Tag des Sturms“ auf das Reichstagsgebäude mit dem AfD-Abgeordneten Steffen Kontré posiert. Die Staatsministerin verwehrt sich dagegen, dass Abg. Dr. Jongen die Glaubwürdigkeit anderer

Personen infrage stelle.

Zwischenrufe des Abg. Dr. Jongen.

Die **Vorsitzende** dankt den Gästen und schließt die Aussprache.

Tagesordnungspunkt 3

Antrag der Abgeordneten Dietmar Friedhoff, Dr. Malte Kaufmann, Jörn König, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Entwicklungszusammenarbeit für Wertschöpfung mit Afrika

BT-Drucksache 20/9156

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/9156 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Tagesordnungspunkt 4

Unterrichtung durch die Bundesregierung

Bericht der Unabhängigen Kommission

Antiziganismus

Perspektivwechsel – Nachholende Gerechtigkeit – Partizipation

BT-Drucksache 19/30310

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Kenntnisnahme.

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Annahme des Entschließungsantrags der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE



GRÜNEN und FDP und Stefan Seidler, MdB, auf Ausschussdrucksache 20(4)362 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der AfD.

Tagesordnungspunkt 5

Antrag der Abgeordneten Dr. Malte Kaufmann, Leif-Erik Holm, Enrico Komning, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der AfD

Für eine erfolgreiche Politik der Außenwirtschaft

**und der Rohstoffsicherung
ohne ideologische Scheuklappen**

BT-Drucksache 20/4065

Der Ausschuss für Kultur und Medien empfiehlt Ablehnung des Antrags der Fraktion der AfD auf Drucksache 20/4065 mit den Stimmen der Fraktionen SPD, CDU/CSU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP gegen die Stimmen der Fraktion der AfD.

Schluss der Sitzung: 16.35 Uhr

Katrin Budde, MdB
Vorsitzende